thun kund und fügen zu wissen, daß Wir, nachdem die von Uns unterm 5. Dezember 1848, vorbehaltlich der Revision im ordentlichen Wege der Gesetzgebung verkündigte und von beiden Kammern Unseres Königreichs anerkannte Verfassung des preußischen Staats der darin angeordneten Revision unterworfen ist, die Verfassung in Übereinstimmung mit beiden Kammern endgültig festgesetzt haben.
Wir verkünden demnach dieselbe als Staatsgrundgesetz, wie folgt:

**Titel I.**
**Vom Staatsgebiete.**

Artikel 1.
Alle Ländertheile der Monarchie in ihrem gegenwärtigen Umfange bilden das preußische Staatsgebiet.

Artikel 2.
Die Gränzen dieses Staatsgebietes können nur durch ein Gesetz verändert werden.

**Titel II.**
**Von den Rechten der Preußen.**

Artikel 3.
Die Verfassung und das Gesetz bestimmen, unter welchen Bedingungen die Eigenschaft eines Preußen und die staatsbürgerlichen Rechte erworben, ausgesetzt und verloren werden.

Jahrgang 1850. (Nr. 3212.)

Ausgegeben zu Berlin den 2. Februar 1850.
Artikel 4.

Artikel 5.
Die persönliche Freiheit ist gewährleistet. Die Bedingungen und Formen, unter welchen eine Beschränkung derselben, insbesondere eine Verhaftung zulässig ist, werden durch das Gesetz bestimmt.

Artikel 6.
Die Wohnung ist unverletzlich. Das Eindringen in dieselbe und Haus- suchungen, so wie die Beschlagnahme von Briefen und Papieren sind nur in den gesetlich bestimmten Fällen und Formen gestattet.

Artikel 7.
Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegereichte und außerordentliche Kommissionen sind unzulässig.

Artikel 8.
Strafen können nur in Gemäßheit des Gesetzes angedroht oder verhängt werden.

Artikel 9.
Das Eigenthum ist unverletzlich. Es kann nur aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorgängige in dringenden Fällen wenigstens vorläufig festzustellende Entsädigung nach Maßgabe des Gesetzes entzogen oder beschränkt werden.

Artikel 10.
Der bürgerliche Tod und die Strafe der Vermögenseinziehung sind nicht statt.

Artikel 11.
Die Freiheit der Auswanderung kann von Staatswegen nur in Bezug auf die Wehrpflicht beschränkt werden. Abzugsgebühr dürfen nicht erhoben werden.

Artikel 12.
Artikel 13.

Die Religionsgesellschaften, so wie die geistlichen Gesellschaften, welche keine Korporationsrechte haben, können diese Rechte nur durch besondere Gesetze erlangen.

Artikel 14.

Die christliche Religion wird bei denjenigen Einrichtungen des Staats, welche mit der Religionsübungen im Zusammenhange stehen, unbeschadet der im Art. 12. gewährleisteten Religionsfreiheit, zum Grunde gelegt.

Artikel 15.

Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, so wie jede andere Religionsgesellschaft, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig und bleibt im Besitz und Genuss der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds.

Artikel 16.

Der Verkehr der Religionsgesellschaften mit ihren Oberen ist ungehindert. Die Bekanntmachung kirchlicher Anordnungen ist nur denjenigen Beschränkungen unterworfen, welchen alle übrigen Veröffentlichungen unterliegen.

Artikel 17.

Über das Kirchenpatronat und die Bedingungen, unter welchen dasselbe aufgehoben werden kann, wird ein besonderes Gesetz ergeben.

Artikel 18.


Auf die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Artikel 19.

Die Einführung der Civilehe erfolgt nach Maßgabe eines besonderen Gesetzes, was auch die Führung der Civilstandsregister regelt.

Artikel 20.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

Artikel 21.

Für die Bildung der Jugend soll durch öffentliche Schulen genügend gesorgt werden. Eltern und deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohnten nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die öffentlichen Volksschulen vorgeschrieben ist.
Artikel 22.
Unterricht zu ertheilen und Unterrichtsanstalten zu gründen und zu leiten, steht Jedem frei, wenn er seine sittliche, wissenschaftliche und technische Befähigung den betreffenden Staatsbehörden nachgewiesen hat.

Artikel 23.
Alle öffentlichen und Privat-Unterrichts- und Erziehungsanstalten stehen unter der Aufficht vom Staate ernannter Behörden.
Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte und Pflichten der Staatsdiener.

Artikel 24.
Bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen sind die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen.
Den religiösen Unterricht in der Volksschule leiten die betreffenden Religionsgesellschaften.
Die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt unter gesetlich geordneter Beteiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Artikel 25.
Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen.
In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt.

Artikel 26.
Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen.

Artikel 27.
Jeder Preuße hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung seine Meinung frei zu äußern.
Die Censur darf nicht eingeführt werden; jede andere Beschränkung der Pressefreiheit nur im Wege der Gesetzgebung.

Artikel 28.
Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, sind nach den allgemeinen Strafgesetzen zu bestrafen.

Artikel 29.
Alle Preußen sind berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln.
Diese
Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf Versammlungen unter freiem Himmel, welche auch in Bezug auf vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis der Vertigung des Gesetzes unterworfen sind.

Artikel 30.
Alle Preußen haben das Recht, sich zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, in Gesellschaften zu vereinigen.
Das Gesetz regelt, insbesondere zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die Ausübung des in diesem und in dem vorsehenden Artikel (29.) gewährleisteten Rechts.
Politische Vereine können Beschränkungen und vorübergehenden Verboten im Wege der Gesetzegebung unterworfen werden.

Artikel 31.
Die Bedingungen, unter welchen Korporationsrechte ertheilt oder verweigert werden, bestimmt das Gesetz.

Artikel 32.
Das Petitionsrecht steht allen Preußen zu. Petitionen unter einem Gesamtnamen sind nur Behörden und Korporationen gestattet.

Artikel 33.
Das Briefgeheimnis ist unverleblich. Die bei strafrichtlichen Untersuchungen und in Kriegsfällen notwendigen Beschränkungen sind durch die Gesetzegebung festzustellen.

Artikel 34.
Alle Preußen sind wehrpflichtig. Den Umfang und die Art dieser Pflicht bestimmt das Gesetz.

Artikel 35.
Das Heer begeißt alle Abtheilungen des stehenden Heeres und der Landwehr.
Im Falle des Krieges kann der König nach Maßgabe des Gesetzes den Landsturm aufbieten.

Artikel 36.
Die bewaffnete Macht kann zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen und Formen und auf Requisiten der Civilbehörde verwendet werden. In legelterer Beziehung hat das Gesetz die Maßnahmen zu bestimmen.

Artikel 37.
Der Militärgerichtsstand des Heeres beschränkt sich auf Strafachen und wird durch das Gesetz geregelt. Die Bestimmungen über die Militärdisziplin im Heere bleiben Gegenstand besonderer Verordnungen.

(Nr. 3222)
Artikel 38.
Die bewaffnete Macht darf weder in noch außer dem Dienste beratend oder sich anders, als auf Befehl verfammeln. Versammlungen und Vereine der Landwehr zur Beratung militärischer Einrichtungen, Befehle und Anordnungen sind auch dann, wenn dieselbe nicht zusammenberufen ist, unter-
sagt.

Artikel 39.
Auf das Heer finden die in den Artikeln 5, 6, 29, 30, und 32. enthal-
tenen Bestimmungen nur in soweit Anwendung, als die militärischen Gesetze und Disziplinarvorschriften nicht entgegenstehen.

Artikel 40.
Die Errichtung von Lehen und die Stiftung von Familien-Heidekommissen ist untersagt. Die bestehenden Lehen und Familien-Heidekommissen sollen durch gesetzliche Anordnung in freies Eigentum umgesetzt werden. Auf Familien-
Stiftungen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Artikel 41.
Bestehende Bestimmungen (Artikel 40) finden auf die Chronolehen, das Königliche Haus- und Prinzliche Heidekommiss, sowie auf die außerhalb des Staats belegenen Lehen und die ehemals reichsunmittelbaren Besitzungen und Heidekommiss, infolge landes durch das deutsche Bundesrecht gewährleistet sind, zur Zeit keine Anwendung. Die Rechtsverhältnisse bestehen sollen durch besondere Gesetze geordnet werden.

Artikel 42.
Das Recht der freien Verfügung über das Grundvermögen unterliegt keinen anderen Beschränkungen, als denen der allgemeinen Gesetzgebung. Die Theilbarkeit des Grundvermögens und die Abrüstung der Grundlasten wird gewährleistet.
Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechts, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, zulässig.

Aufgeboten ohne Entschädigung sind:
1) Die Gerichtsherrlichkeit, die gutsherrliche Polizei und obergärtliche Ge-
walt, sowie die gewissen Grundstücken zustehenden Hoheitsrechte und
Privilegien;
2) die aus diesen Besitznissen, aus der Schuhherrlichkeit, der früheren
Erbunterhängigkeit, der früheren Steuer- und Gewerbeverfassung ber-
stammenden Beschränkungen.
Mit den aufgebotenen Rechten fallen auch die Gegenleistungen und
Laßen weg, welche den bisherigen Beteiligten dafür oblagen.
Bei erblicher Überlassung eines Grundstückes ist nur die Uebertragung
des vollen Eigentums zulässig; jedoch kann auch hier ein fester ablösbarer
Zins vorbehalten werden.

Die
Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen bleibt besonderen Gesetzen vorbehalten.

**Titel III.**

**Vom Könige.**

**Artikel 43.**

Die Person des Königs ist unverletzlich.

**Artikel 44.**

Die Minister des Königs sind verantwortlich. Alle Regierungssachen des Königs bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt.

**Artikel 45.**

Dem König allein steht die volleiegende Gewalt zu. Er ernennt und entlässt die Minister. Er bescheidet die Verkündigung der Gesetze und erlässt die zu deren Ausführung nötigen Verordnungen.

**Artikel 46.**

Der König führt den Oberbefehl über das Heer.

**Artikel 47.**

Der König besetzt alle Stellen im Heere, sowie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes, sofern nicht das Gesetz ein Anderes verordnet.

**Artikel 48.**

Der König hat das Recht, Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, auch andere Verträge mit fremden Regierungen zu errichten. Legtere bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Zustimmung der Kammern, sofern es Handelsverträge sind, oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden.

**Artikel 49.**

Der König hat das Recht der Begnadigung und Strafminderung.

Zu Gunsten eines wegen seiner Handlungen verurteilten Ministers kann dieses Recht nur auf Antrag derjenigen Kammer ausgedehnt werden, von welcher die Anklage ausgegangen ist.

Der König kann bereits eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines besonderen Gesetzes niederschlagen.

**Artikel 50.**

Dem Könige steht die Verleihung von Orden und anderen mit Vorrechten nicht verbundenen Auszeichnungen zu.

Er übt das Münzrecht nach Maßgabe des Gesetzes.

( Nr. 3212 )
Artikel 51.

Der König beruft die Kammern und schließt ihre Sitzungen. Er kann sie entweder beide zugleich oder auch nur eine auflösen. Es müssen aber in einem solchen Falle innerhalb eines Zeitraums von sechzig Tagen nach der Auflösung die Wähler und innerhalb eines Zeitraums von neunzig Tagen nach der Auflösung die Kammern versammelt werden.

Artikel 52.

Der König kann die Kammern vertagen. Ohne deren Zustimmung darf diese Vertagung die Frist von dreißig Tagen nicht übersteigen und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Artikel 53.


Artikel 54.

Der König wird mit Vollendung des achtzehnten Lebensjahres volljährig. Er leitet in Gegenwart der vereinigten Kammern das eidliche Gelübde, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.

Artikel 55.

Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrscher fremder Reiche sein.

Artikel 56.

Wenn der König minderjährig oder sonst dauernd verhindert ist, selbst zu regieren, so übernimmt derjenige volljährige Agnat (Art. 53.), welcher der Krone am nächsten steht, die Regentschaft. Er hat sofort die Kammern zu benutzen, die in vereinigter Sitzung über die Notwendigkeit der Regentschaft beschließen.

Artikel 57.

Ist kein volljähriger Agnat vorhanden und nicht bereits vorher gesetzliche Fürsorge für diesen Fall getroffen, so hat das Staatsministerium die Kammern zu berufen, welche in vereinigter Sitzung einen Regenten erwählen. Bis zum Nutrux der Regentschaft von Seiten derselben führt das Staatsministerium die Regierung.

Artikel 58.

Der Regent übt die dem König zustehende Gewalt in dessen Namen aus. Derselbe schwört nach Einrichtung der Regentschaft vor den vereinigten Kammern einen Eid, die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Übereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren.
Bis zu dieser Eidseleistung bleibt in jedem Falle das bestehende gesammte Staatsministerium für alle Regierungsabhandlungen verantwortlich.

Artikel 59.

Dem Kron- und Finanzminifronds bleibt die durch das Gesetz vom 17. Januar 1820, auf die Einkünfte der Domänen und Forsten angewiesene Kente.

Titel IV.
Von den Ministern.

Artikel 60.

Die Minister, so wie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten, haben Zutritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden.

Jede Kammer kann die Gegenwart der Minister verlangen.

Die Minister haben in einer oder der anderen Kammer nur dann Stimmrecht, wenn sie Mitglieder derselben sind.

Artikel 61.


Die näheren Bestimmungen über die Fälle der Verantwortlichkeit, über das Verfahren und über die Strafen werden einem besonderen Gesetz vorbehalten.

Titel V.
Von den Kammern.

Artikel 62.

Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Die Übereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesichte erforderlich.

Finanzgesetz-Entwürfe und Staatsshaushalts-Entwürfe werden zuerst der zweiten Kammer vorgelegt; letztere werden von der ersten Kammer im Ganzen angenommen oder abgelehnt.

Artikel 63.

Nur in dem Falle, wenn die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, oder die Beseitigung eines ungewöhnlichen Notstandes es dringend erfordert, werden...
können, insofern die Kammern nicht verzammelt sind, unter Verantwortlichkeit des gesammten Staatsministeriums, Verordnungen, die der Verfassung nicht zuwiderlaufen, mit Gesetzeskraft erlassen werden. Dieselben sind aber den Kamern bei ihrem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorzulegen.

Artikel 64.

Dem König, so wie jeder Kammer, steht das Recht zu, Gesetze vorzuschlagen.

Gesetzesvorschläge, welche durch eine der Kammern oder den König vorworfen worden sind, können in derselben Sitzungsperiode nicht wieder vorgebracht werden.

Artikel 65.

Die erste Kammer besteht:

a) aus den großjährigen Königlichen Prinzen;

b) aus den Hauern der ehemals unmittelbaren reichsständischen Häuser in Preußen — und aus den Häuptern derjenigen Familien, welchen durch Königliche Verordnung das nach der Erbgewalt und Leulafsorge zu verbende Recht auf Sitze und Stimme in der ersten Kammer beigelegt wird. In dieser Verordnung werden zugleich die Bedingungen festgesetzt, durch welche dieses Recht an einen bestimmten Grundbesitz geknüpft ist. Das Recht kann durch Stellvertretung nicht ausgestellt werden und ruht während der Mindersjährigkeit oder während eines Dienstverhältnisses zu der Regierung eines nichtdeutschen Staats, ferner auch so lange der Berechtigte seinen Wohnsitz außerhalb Preußen hat;

c) aus solchen Mitgliedern, welche der König aus Lebenzeit ernannt. Ihre Zahl darf den zehnten Theil der zu a. und b. genannten Mitglieder nicht übersteigen;

d) aus neunzig Mitgliedern, welche in Wahlbezirken, die das Gesetz feststellt, durch die dreifache Zahl derjenigen Urwähler (Art. 70.), welche die höchsten direkten Staatssteuern bezahlen, durch direkte Wahl nach Wahlgabe des Gesetzes gemäß worden;


Die Gesamtzahl der unter a. bis c. genannten Mitglieder darf die Zahl der unter d. und e. bezeichneten nicht übersteigen.

Eine Auflösung der ersten Kammer bezieht sich nur auf die aus Wahl hervorgegangenen Mitglieder.

Artikel 66.


Bis zu diesem Zeitpunkte verbleibt es bei dem Wahlgesetz für die erste Kammer vom 6. Dezember 1848.
Artikel 67.

Die Legislatur-Periode der ersten Kammer wird auf sechs Jahre festgelegt.

Artikel 68.

Wähbar zum Mitgliede der ersten Kammer ist jeder Preuße, der das vierzigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preußischen Staatsverbande angehört hat.

Die Mitglieder der ersten Kammer erhalten weder Reisekosten, noch Diäten.

Artikel 69.

Die zweite Kammer besteht aus dreihundert und fünfzig Mitgliedern. Die Wahlbezirke werden durch das Gesetz festgesetzt. Sie können aus einem oder mehreren Kreisen oder aus einer oder mehreren der größeren Städte bestehen.

Artikel 70.

Jeder Preuße, welcher das fünf und zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in der Gemeinde, in welcher er seinen Wohnsitz hat, die Befähigung zu den Gemeindewahlen besitzt, ist stimmberechtigter Urwähler.

Wer in mehreren Gemeinden an den Gemeindewahlen Theil zu nehmen berechtigt ist, darf das Recht als Urwähler nur in einer Gemeinde ausüben.

Artikel 71.


Die Gesamtsumme wird berechnet:

a) gemeindeweise, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für sich bildet;

b) bezirksweise, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zusammengesetzt ist.

Die erste Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, aus welche die höchsten Steuerbeträge bis zum Belauffe eines Drittheiles der Gesamtsteuer fallen.

Die zweite Abteilung besteht aus denjenigen Urwählern, aus welche die nächst niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grange des zweiten Drittheils fallen.

Die dritte Abteilung besteht aus den am niedrigsten besteuerten Urwählern, aus welche das dritte Drittheil fällt.

Jede Abteilung wählt besonders und zwar ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner.

(Nr. 32124)
Die Abteilungen können in mehrere Wahlverbände eingeteilt werden, deren keiner mehr als fünfhundert Wahlreiter in sich schließen darf.
Die Wahlmänner werden in jeder Abteilung aus der Zahl der stimmberechtigten Wahlreiter des Wahlbezirks ohne Rücksicht auf die Abteilungen gewählt.

Artikel 72.
Die Abgeordneten werden durch die Wahlmänner gewählt.
Das Nähere über die Ausführung der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz, welches auch die Anordnung für diejenigen Städte zu treffen hat, in denen an Stelle eines Theils der direkten Steuern die Wahl- und Schlachtssteuer erhoben wird.

Artikel 73.
Die Legislaturperiode der zweiten Kammer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Artikel 74.
Zum Abgeordneten der zweiten Kammer ist jeder Preuße wählbar, der das dreißigste Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftiger richterlicher Erkennnisses nicht verloren und bereits drei Jahre dem preußischen Staatsverbande angehört hat.

Artikel 75.
Die Kammern werden nach Ablauf ihrer Legislaturperiode neu gewählt. Ein Gleiches geschieht im Falle der Auflösung. In beiden Fällen sind die bisherigen Mitglieder wieder wählbar.

Artikel 76.
Die Kammern werden durch den König regelmäßig im Monat November jeden Jahres, und außerdem, so oft es die Umstände erheischen, einzuberufen.

Artikel 77.
Die Eröffnung und die Schließung der Kammern geschieht durch den König in Person oder durch einen dazu von ihm beauftragten Minister in einer Sitzung der vereinigten Kammern.
Beide Kammern werden gleichzeitig berufen, eröffnet, vertagt und geschlossen.
Wird eine Kammer aufgelöst, so wird die andere gleichzeitig vertagt.

Artikel 78.
Jede Kammer prüft die Legitimation ihrer Mitglieder und entscheidet darüber. Sie regelt ihren Geschäftsverkehr und ihre Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt ihren Präsidenten, ihre Vizepräsidenten und Schriftführer.

Beamte

Artikel 79.


Artikel 80.

Keine der beiden Kammern kann einen Beschluss fassen, wenn nicht die Mehrheit der gesetzlichen Anzahl ihrer Mitglieder anwesend ist. Jede Kammer faßt ihre Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit, vorbehaltlich der durch die Geschäftsordnung für Wahlen etwa zu bestimmenden Ausnahmen.

Artikel 81.

Jede Kammer hat für sich das Recht, Adressen an den König zu richten.

Niemand darf die Kammer oder einer derselben in Person eine Bittschrift oder Adresse überreichen. Jede Kammer kann die an sie gerichteten Schriften an die Minister überweisen und von derselben Auskunft über eingehende Beschwerden verlangen.

Artikel 82.

Eine jede Kammer hat die Befugnis, Behufs ihrer Information Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen zu ernennen.

Artikel 83.


Artikel 84.

Sie können für ihre Abstimmungen in der Kammer niemals, für ihre darin ausgesprochenen Meinungen nur innerhalb der Kammer auf den Grund der Geschäftsordnung (Art. 78.) zur Rechenschaft gezogen werden. kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der That oder im Laufe des nächstfolgenden Tages nach derselben ergriffen wird.

(Gest.)
Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden nothwendig.
Jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer und eine jede Untersuchung oder Civihaft wird für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben, wenn die betreffende Kammer es verlangt.

Artikel 85.

Titel VI.

Von der richterlichen Gewalt.

Artikel 86.

Artikel 87.
Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt.
Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen haben, ihres Amtes entlassen oder zeitweise enthoben werden. Die vorläufige Amts suspendierung, welche nicht kraft des Gesetzes eintritt, und die unfreiwillige Versehung an eine andere Stelle oder in den Ruhestand können nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetze angegeben sind, und nur auf Grund eines richterlichen Beschlusses erfolgen.
Für die Versehungen, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke nötig werden, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Artikel 88.
Den Richtern dürfen andere besoldete Staatsämter fortan nicht übertragen werden. Ausnahmen sind nur auf Grund eines Gesetzes zulässig.

Artikel 89.
Die Organisation der Gerichte wird durch das Gesetz bestimmt.

Artikel 90.
Zu einem Richteramte darf nur der berufen werden, welcher sich zu demselben nach Vorschrift des Gesetzes befähigt hat.

Artikel 91.
Gerichte für besondere Klassen von Angelegenheiten, insbesondere Hans-
Artikel 92.
Es soll in Preußen nur ein oberster Gerichtshof bestehen.

Artikel 93.
Die Verhandlungen vor dem ererbbenden Gerichte in Civil- und Strafsachen sollen öffentlich sein. Die Offentlichkeit kann jedoch durch einen öffentlich zu verkündenden Beschluss des Gerichts ausgeschlossen werden, wenn sie der Ordnung oder dem guten Guten Gefahr droht.
In anderen Fällen kann die Offentlichkeit nur durch Gesetz beschränkt werden.

Artikel 94.
Bei den mit schweren Straftaten bestrittenen Verbrechen, bei allen politischen Verbrechen und bei allen Prophezeiungen, welche das Gesetz nicht ausdrücklich ausnimmt, erfolgt die Entscheidung über die Schuld des Angeklagten durch Geschworene.
Die Bildung des Geschworenengerichts regelt das Gesetz.

Artikel 95.
Es kann durch ein mit vorheriger Zustimmung der Kammern zu erlassendes Gesetz ein besonderer Schwurgerichtshof errichtet werden, dessen Zulässigkeit die Verbrechen des Hochverrats und diejenigen schweren Verbrechen gegen die innere und äußere Sicherheit des Staats, welche ihm durch das Gesetz überwiesen werden, begreift. Die Bildung der Geschworenen bei diesem Gerichte regelt das Gesetz.

Artikel 96.

Artikel 97.
Die Bedingungen, unter welchen öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen durch Überschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübter Rechtsverletzungen gerichtlich in Anpruch genommen werden können, bestimmt das Gesetz. Eine vorgängige Genehmigung der vorgesehenen Dienstbehörde darf jedoch nicht verlangt werden.

(Nr. 3212.)
Titel VII.

Von den nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten.

Artikel 98.

Die besonderen Rechtsohältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten, einschließlich der Staatsanwälte, sollen durch ein Gesetz geregelt werden, welches, ohne die Regierung in der Wahl der ausführenden Organe zweckwidrig zu beschränken, den Staatsbeamten gegen willkürliche Entziehung von Amt und Einkommen angemessenen Schutz gewährt.

Titel VIII.

Von den Finanzen.

Artikel 99.


Artikel 100.

Steuern und Abgaben für die Staatskasse dürfen nur, so weit sie in den Staatshaushalts-Stat aufgenommen oder durch besondere Gesetze angedacht sind, erhoben werden.

Artikel 101.

In Betreff der Steuern können Bevorrägungen nicht eingeführt werden. Die bestehende Steuergesetzgebung wird einer Revision unterworfen und dabei jede Bevorrägung abgeschafft.

Artikel 102.

Gebühren können Staats- oder Kommunalbeamte nur auf Grund des Gesetzes erheben.

Artikel 103.


Artikel 104.

Zu Staats-Ueberschreitungen ist die nachträgliche Genehmigung der Kammer erforderlich. Die Rechnungen über den Staatshaushalts-Stat werden von der Ober-Rechnungskammer geprüft und festgestellt. Die allgemeine Rechnung über den Staats-
Staatsbauratshalt jeden Jahres, einschließlich einer Übersicht der Staatsgebühren, wird mit den Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer zur Entlastung der Staatsregierung den Kammern vorgelegt.
Ein besonderes Gesetz wird die Einrichtung und die Beschränkungen der Ober-Rechnungskammer bestimmen.

**Titel IX.**

**Von den Gemeinden, Kreiss-, Bezirks- und Provinzial-Verbanden.**

**Artikel 105.**

Die Vertretung und Verwaltung der Gemeinden, Kreise, Bezirke und Provinzen des preußischen Staats wird durch besondere Gesetze unter Festhal tung folgender Grundlage näher bestimmt:

1. Über die innern und besonders Angelegenheiten der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden bestehen aus gewählten Vertretern bestehende Versammlungen, deren Beschlüsse durch die Vorsteher der Provinzen, Bezirke, Kreise und Gemeinden ausgesucht werden.

Das Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen die Beschlüsse dieser Vertretungen der Genehmigung einer höheren Vertretung oder der Staatsregierung unterworfen sind.


Über die Bestellung des Staats bei der Anstellung der Gemeindevorsteher und über die Ausübungen des den Gemeinden zustehenden Wahlrechts wird die Gemeindeordnung das Nähere bestimmen.


Über die Bestellung der Gemeinden bei Verwaltung der Orts- polizei bestimmt das Gesetz.


**Allgemeine Bestimmungen.**

**Artikel 106.**

Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind.

Jahrgang 1850, (Nr. 3212.)
Die Prüfung der Rechtsgültigkeit gehört verbundener Königlicher Verordnungen sieht nicht den Behörden, sondern nur den Kammern zu.

Artikel 107.

Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit bei zwei Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstens ein und zwanzig Tagen liegen muß, genügt.

Artikel 108.

Die Mitglieder der beiden Kammern und alle Staatsbeamten leisten dem König den Eid der Treue und des Gehorsams und beschwören die gewissenshafte Beobachtung der Verfassung.

Eine Bereitigung des Heeres auf die Verfassung findet nicht statt.

Artikel 109.

Die bestehenden Steuern und Abgaben werden fortgesetzt, und alle Bestimmungen der bestehenden Gesetzbücher, einzelnen Gesetze und Verordnungen, welche der gegenwärtigen Verfassung nicht zuwiderlaufen, bleiben in Kraft, bis sie durch ein Gesetz abgeändert werden.

Artikel 110.

Alle durch die bestehenden Gesetze angeordneten Behörden bleiben bis zur Ausführung der sie betreffenden organischen Gesetze in Thätigkeit.

Artikel 111.

Für den Fall eines Krieges oder Aufstands können bei bringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Artikel 5, 6, 7, 27, 28, 29, 30, und 36 der Verfassungs-Urkunde zeit- und dauernd aufgehen, und durch Gesetzliche Bestimmungen außer Kraft gesetzt werden. Das Nähere bestimmt das Gesetz.

Übergangsbestimmungen.

Artikel 112.

Bis zum Erlass des im Artikel 26, vorgesehenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Artikel 113.

Bis der erfolgten Revision des Strafrechts wird über Vergehen, welche durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung begangen werden, ein besonderes Gesetz ergeben.

Artikel 114.

Bis zur Emanierung der neuen Gemeindeordnung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen hinsichtlich der Polizeiverwaltung.
Artikel 115.

Bis zum Erlass des im Art. 72. vorgesehenen Wahlgesetzes bleibt die Verordnung vom 30. Mai 1849., die Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer betreffend, in Kraft.

Artikel 116.

Die noch bestehenden beiden obersten Gerichtshöfe sollen zu einem Einigen vereinigt werden. Die Organisation erfolgt durch ein besonderes Gesetz.

Artikel 117.

Auf die Anprüche der vor Berufung der Verfassungs-Urkunde staatlich angesetzten Staatsbeamten soll im Staatsbienenergeset besondere Rücksicht genommen werden.

Artikel 118.


Die Kammern werden dann Beschluss darüber fassen, ob die vorläufig angeordneten Abänderungen mit der Verfassung des deutschen Bundesstaats in Übereinstimmung stehen.

Artikel 119.

Das im Artikel 54. erwähnte eidliche Gelübde des Königs, so wie die vorgeschriebene Bereidigung der beiden Kammern und aller Staatsbeamten, erfolgen fegleich nach der auf dem Wege der Gesetzgebung vollendeten gegenwärtigen Revision dieser Verfassung (Artikel 62. und 108.).

Urkundlich unter Unserer Höchstenhandigen Unterschrift und beigeschriebem Königlichen Inseigel.


(L. S.) Friedrich Wilhelm.


Redigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.